

**MANIFEST DER
CHRISTLICH-
SOZIALEN UNION
ZUR WAHL DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS
AM 12. JUNI 1994**



「 FÜR BAYERN 」
CSU 
「 W Ä H L E N 」

**MANIFEST DER
CHRISTLICH-
SOZIALEN UNION
ZUR WAHL DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS
AM 12. JUNI 1994**

Beschlossen vom
Parteiausschuß 1994
der Christlich-Sozialen Union
am 19. März 1994
in Deggendorf

BAYERN UNSERE HEIMAT. DEUTSCHLAND UNSER VATERLAND. EUROPA UNSERE ZUKUNFT.

Die Einheit Europas liegt in deutschem und bayerischem Interesse. Geschichtliche Erfahrung, abendländische Überlieferung und politische Verantwortung erfordern einen stabilen europäischen Rahmen für unsere bayerische Heimat und unser deutsches Vaterland. In der Tradition von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß besitzt die Europapolitik der CSU klare Konturen, sie orientiert sich an Realität und Vernunft. Blühende Vielfalt und friedlicher Wettbewerb, nicht öde Gleichmacherei bestimmen unser Bild von der Zukunft Europas.

Die Politik der CSU gründet in der Liebe zur bayerischen Heimat, wo unsere Verantwortung ihre ersten und tiefsten Wurzeln hat. Von Bayern aus gestaltet die CSU deutsche Politik, in nationaler Verantwortung, mit unverwechselbarem Profil und mit kraftvoller Handschrift. Zur bayerischen und deutschen kommt die europäische Dimension unserer Politik. Die Zukunftssicherung unseres Kontinents liegt in der Europäischen Union.



Daher bekennt sich die CSU zur Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses, wobei die Wahrung der nationalen Identität und der regionalen Eigenständigkeit für uns unverrückbare Selbstverständlichkeit sind. Die in Maastricht beschlossene Europäische Union be-

wahrt als Staatenverbund Bestand und Eigenstaatlichkeit Deutschlands und Bayerns. Die Europäische Union ist kein Bundesstaat. Maastricht stärkt die Mitwirkungsmöglichkeiten Bayerns und Deutschlands in Europa.

Durch den Einsatz der CSU ist der Föderalismus das Struktur- und Ordnungsprinzip Europas. Deshalb hat die Europäische Union ihre Aufgaben dort, wo die Nationalstaaten an den Grenzen ihrer Möglichkeiten sind – in der langfristigen Wahrung des Friedens, in der Erhaltung des Wohlstandes und der Sicherung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der Welt, im wirksamen Kampf gegen das international organisierte Verbrechen und im Schutz unserer natürlichen Umwelt über Grenzen hinweg.

Die Europäische Union darf nur Aufgaben übernehmen, deren Ziele auf der Ebene der Regionen oder Mitgliedsstaaten nicht ausreichend erreicht werden können. Die CSU wird dafür sorgen, daß anmaßender Zentralismus und wuchernde Bürokratie in Zukunft keine Chance haben, daß Fehlentwicklungen dort, wo sie schon



eingetreten sind, rückgängig gemacht werden. Deutschland und seine Länder müssen alle Zuständigkeiten behalten, die sie brauchen, um ihre ureigensten Aufgaben bürgernah und eigenständig erfüllen zu können. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt muß Raum lassen für

die Vielfalt der nationalen und regionalen Besonderheiten.

Das gewichtigste Argument für ein geeintes Europa ist die bittere und schreckliche Erfahrung zweier Weltkriege, die in unserem Jahrhundert millionenfach Tod und Leid, Elend und Not über die Menschen gebracht haben. Und auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien zeigt, wie wichtig der Einsatz für eine gesicherte Friedensordnung in Europa ist und wie groß die Anstrengungen auf dem Weg dorthin noch sein werden.

Zu Europa als Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit und der Stabilität gibt es keine Alternative. Die CSU ist die verlässliche politische Kraft, die Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert – in Bayern, Deutschland und Europa.

Allein die CSU sichert als bayerische Partei mit bundes- und europapolitischem Anspruch die Vertretung bayerischer Interessen in Europa.



EUROPA SICHERT FRIEDEN IN FREIHEIT

Europa kann nur dann in Frieden und Freiheit seinen Weg in das nächste Jahrtausend gehen, wenn es die Kraft findet, gemeinsam zu handeln und das Werk seiner Einigung fortzusetzen. Die Erfahrung bestätigt diese Einsicht. Ohne die feste Verankerung Deutschlands in der europäischen Gemeinschaft und in der Atlantischen Allianz hätten wir die Einheit unseres Vaterlandes nicht erreicht. Die Europäische Einigung hat entscheidend zur Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa beigetragen und Demokratie, Freiheit und Wohlstand gesichert. Für die Völker im ehemaligen kommunistischen Machtbereich war die Europäische Gemeinschaft Bastion und Leuchtturm der Freiheit. Der historische Umbruch im Osten hat neue Chancen, aber durch einen wieder aufbrechenden Nationalismus auch neue Risiken für Europa gebracht.

Kriege sind in Europa wieder denkbar geworden und werden zur Durchsetzung von Machtpolitik geführt. Die Geschichte lehrt durch die Jahrhunderte: Krieg in Europa trifft niemanden verheerender als Deutschland. Europa handlungsfähig zu machen gegenüber Friedensbrechern ist existentielles Interesse Deutschlands.

2

Unser Land liegt im Herzen Europas, umgeben von neun Nachbarstaaten. Frieden in Europa ist deshalb für Deutschland überlebenswichtig.

Die erste Hälfte dieses Jahrhunderts lehrt uns, daß gerade wir aus unserem nationalen Eigeninteresse heraus gute Nachbarschaft brauchen und schon deshalb allen außen- und sicherheitspolitischen Sonderwegen eine klare Absage erteilen müssen.

Die deutsche Exportwirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unser Wohlstand ziehen aus der starken Verflechtung mit unseren europäischen

Partnern großen und auf keinem anderen Weg ersetzbaren Nutzen. Fast drei Viertel der deutschen Ausfuhren gehen in die Staaten der Europäischen Union und in die Länder, die dabei sind, Mitglieder der EU zu werden. Unser eigener Wohlstand ist das Ergebnis des offenen Binnenmarktes und der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. Die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft ist existenziell auf den Binnenmarkt angewiesen.

Die CSU wird für eine gerechte Finanzierung der Europäischen Union sorgen. Deutschland trägt für den Aufbau der östlichen Bundesländer und die Entwicklung der Reformstaaten Osteuropas hohe Belastungen. Schon deshalb ist

es angebracht, den deutschen Beitrag an die EU zu reduzieren. Daneben müssen sich die anderen Industrienationen stärker als bisher am Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa beteiligen.

Deutschland und seine europäischen Partner müssen ihre außenpolitischen Interessen und ihre internationale Rolle in einer Welt des Umbruchs neu bestimmen. Im deutschen Interesse liegt die Anbindung der Staaten Mittel-, Nord- und Osteuropas an die Europäische Union und an die NATO. Nur gemeinsam können wir eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die Rang und Rolle Europas in der Welt gerecht wird.

Deutschland kann weder allein international organisierte Verbrecherbanden und den Terrorismus bekämpfen, noch im Alleingang sinnvolle Umwelt-

politik betreiben. Deutschland braucht Partner, die beim Aufbau von Demokratie und leistungsfähiger Marktwirtschaft in den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts auch finanziell mitwirken.

Zur Wahrung unserer wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Nordamerika und Ostasien brauchen wir die Europäische Union ebenso wie zur Sicherung des freien Welthandels für unsere Produkte. Alleine können wir weder Krisen und Konflikte beilegen noch Flüchtlingsströme wirksam steuern. Zur gemeinsamen Lösung drängender Zukunftsprobleme braucht Deutschland die Europäische Union ebenso, wie auch die EU auf Deutschland als großem und in Europa zentral gelegenen Staat angewiesen ist.

DIE EUROPÄISCHE UNION: IM INTERESSE BAYERNS UND DEUTSCHLANDS

EUROPA FÖRDERT DEN WOHLSTAND

3

Der Wirtschafts- und
Technologiestandort
Deutschland braucht
Europa. Ohne die EU
hätten wir Deutsche
deutlich weniger
Arbeitsplätze, weniger
soziale Sicherheit und
weniger Wohlstand. Mit der

Einführung des Binnenmarktes sind die außenwirtschaftlichen Möglichkeiten unseres Landes gestärkt worden. Wir konnten die erfolgreiche deutsche Stabilitätspolitik als europäischen Maßstab durchsetzen.

Die Währungsunion, ein europapolitisches Ziel der CSU von Anfang an, dient der Vervollendung des Binnenmarktes: Der Kapitalmarkt wird einheitlicher und größer werden, Wechselkursunsicherheiten werden entfallen, die Planungssicherheit für Investoren wird steigen. Durch die Währungsunion lassen sich destabilisierende Wirkungen einer internationalen Spekulation auf die Deutsche Mark verhindern. Deshalb liegt auch die Währungsunion im Interesse Deutschlands.

Mit uns wird es eine europäische Währung nur geben, wenn sie ebenso stabil ist wie die DM. Hierzu sind die strengen Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrags, die sogar über den bisherigen deutschen Standard noch hinausgehen, strikt



einzuhalten. Wir werden verhindern, daß sie aufgeweicht werden. Stabilität geht für die CSU vor Geschwindigkeit: Staaten, die zu große Defizite oder Schulden, zu hohe Inflationsraten oder Zinsen haben, werden nicht Mitglieder der Währungsunion sein.

Das Europäische Währungsinstitut (EWI) und die spätere Europäische Zentralbank haben ihren Sitz in Frankfurt am Main. Dies ist ein großartiger Erfolg unserer Europapolitik und ein großartiger Erfolg unseres Parteivorsitzenden Theo Waigel. Die Unabhängigkeit dieser Europäischen Zentralbank und deren klare Vorrangorientierung auf Stabilität sorgen dafür, daß die Kaufkraft der DM in der europäischen Währung voll erhalten wird. Unsere Währung bleibt hart. Niemand in Deutschland braucht um sein Geld und seine Ersparnisse Angst zu haben. Wer den Menschen diese Angst macht, handelt verantwortungslos.



4

MIT EUROPA

WETTBEWERBSFÄHIG IN DER WELT

Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in Bayern und Deutschland sind harter Konkurrenz ausgesetzt. Im weltweiten Wettbewerb mit den technologischen Hochleistungsregionen Nordamerika und Asien kann sich ein regionaler oder nationaler Wirtschaftsstandort alleine nicht behaupten. Nur die enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn läßt uns diese Herausforderung bestehen.

Daher muß der Binnenmarkt zur Wirtschaftsunion fortentwickelt werden. Eine gemeinsame Außenhandelspolitik der Europäischen Union, die sich auf Freihandel stützt, hilft Deutschland, seinen führenden Rang als Exportnation zu behalten, und öffnet neue Märkte für unsere Produkte. Eine gemeinsame Währungspolitik sichert unserer Exportwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen und ist auch für unsere Landwirtschaft von Vorteil. Gemeinsame Anstrengungen für Forschung und Technologie machen Neuentwicklungen bezahlbar und sichern langfristig Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland.



5

EUROPÄISCHE VERKEHRSWEGE

Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu stärken, haben Bayern und Deutschland als Kern- und Haupttransitländer auch berechtigtes Interesse am Ausbau und der Schaffung leistungsfähiger Verkehrswege sowie an einer gerechten Kostenbelastung des durchrollenden Individual- und Güterverkehrs.

Die CSU setzt sich deshalb für eine ausgewogene Steuerung der Verkehrsströme und für ein europäisches Konzept der Verkehrswegefinanzierung ein, das einen gerechten Lastenausgleich zwischen Ursprungs-, Transit- und Zielländern verwirklicht.



DER STANDORT BAYERN BLEIBT STARK

Durch den Wegfall des Eisernen Vorhangs ist Bayern vom Rand in das Herz Europas gerückt. Für Nord- und Ostbayern ergeben sich bessere Entwicklungschancen aus ihrer Brückenfunktion zu den jungen Bundesländern und unseren östlichen Nachbarn. Die Alpenregion wird bereits aus dem Binnenmarkt sowie aus der Erweiterung der EU um Österreich Standortvorteile gewinnen. Bayern profitiert überdurchschnittlich von der europäischen Einigung und Erweiterung.

Unsere bayerische Heimat in der Mitte Europas bleibt attraktiv durch

- eine moderne Infrastruktur insbesondere durch ein leistungsfähiges Verkehrssystem mit Schienen und Straßen, Wasserwegen und Flughäfen,
- eine an der Sozialen Marktwirtschaft orientierten mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik, die Investitionen fördert,
- günstige Rahmenbedingungen für Hochtechno-

logie-Unternehmen und gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung,

- den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und die Stärkung des ländlichen Raumes,
- einen funktionierenden Rechtsstaat, der die Bürger schützt und keine rechtsfreien Räume duldet,
- eine durchsetzungsfähige Polizei, die im gefährlichen Dienst für uns alle auch die notwendige politische Rückendeckung erfährt,
- eine entbürokratisierte Staatsverwaltung, die sich auf die notwendigen Aufgaben beschränkt,
- eine gesunde Umwelt,
- ein leistungsfähiges Bildungssystem, das Vorbild

über Deutschlands Grenzen hinaus ist,

- eine in Musik, Theater, Literatur und bildender Kunst lebendige Kultur, die Tradition und Brauchtum pflegt und für Neues aufgeschlossen ist,

- die vielfältigen Naturschönheiten und ein reiches kulturelles Erbe überall im Freistaat, in Franken, Altbayern und Schwaben.

Das Vorbild Bayerns bei Standortsicherung, Umweltschutz, Innerer Sicherheit, Kultur und im Bildungswesen setzt Maßstäbe für einen Standard, der auch auf deutscher und europäischer Ebene das Ziel sein muß. Wir sorgen dafür, daß Bayern stark bleibt in Deutschland und Europa.



Die Staaten Mittel- und Osteuropas gehören zu Europa! Nur gemeinsam mit ihnen können wir Frieden und Freiheit auf dem ganzen Kontinent sichern. Es ist unsere Aufgabe, die Volkswirtschaften unserer Nachbarn zu entwickeln und Schritt für Schritt an den Binnenmarkt heranzuführen. Eine neue Armutsgrenze zwischen West und Ost würde auf Dauer gerade für Deutschland schwere Belastungen bringen.



EUROPA IST GRÖßER ALS DIE EUROPÄISCHE UNION

Die CSU unterstützt mit Nachdruck den Beitritt der Staaten der Europäischen

Freihandelszone EFTA (Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich und Schweiz). Die Europäische Union muß die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in ihre Politik einbeziehen und offen sein für deren Beitritt, wenn sie stabile demokratische Verhältnisse, funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnungen und stärkere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erreicht haben.

Am Ende dieses Jahrhunderts wird Europa ein Bild konzentrischer Kreise aufweisen mit einem unterschiedlichen Grad der Anbindung an die Europäische Union:

- die Mitglieder der Stabilitätsgemeinschaft,
- die weiteren Mitglieder der EU,
- die EFTA-Staaten, die der Politischen Union nicht beitreten wollen,
- die assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas.

Über die Assoziierung hinaus sollen neue Formen der Zusammenarbeit, vor allem mit den Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, ermöglicht werden, zum Beispiel in Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Asyl- und Einwanderungspolitik und bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität.

Den übrigen Staaten Europas, die der Europäischen Union nicht beitreten wollen oder können, ist entsprechend ihren Möglichkeiten eine partner-

schaftliche Zusammenarbeit mit Hilfe von Handels- und Sicherheitsabkommen zu eröffnen. Das gilt auch für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion.



EUROPA STÄRKT DIE INNERE SICHERHEIT

8

Die wirksame
Bekämpfung des
international organi-
sierten Verbrechens,
des Terrorismus, des
Drogenhandels, der
Geldwäsche und des
Menschenhandels kann

nur in engster europäischer

Zusammenarbeit gelingen.

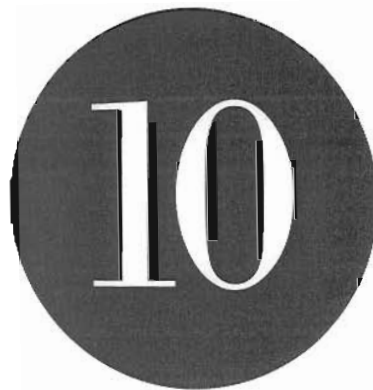
Gegen arbeitsteilig und länderübergreifend
tätige Syndikate der Kriminalität reichen nationale
Maßnahmen alleine nicht aus. Für Verbrecher darf
es nirgendwo in Europa Rückzugszonen geben.
Deshalb muß die bereits vertraglich vereinbarte
Zusammenarbeit der Polizei rasch beginnen,
damit unsere deutschen Sicherheitskräfte die
notwendige grenzüberschreitende Unterstützung
erfahren.

9

GEMEINSAME ASYL- POLITIK IN EUROPA

Die unkontrollierte Zuwanderung ist nur
auf europäischer Ebene zu lösen. Das Asylrecht
muß, trotz des wichtigen ersten Erfolges, den die
CSU mit der Änderung unseres Grundgesetzes
erreicht hat, vereinheitlicht werden. Es muß
Schluß damit sein, daß Deutschland in diesem
Bereich mehr Lasten zu tragen hat als alle ande-
ren EU-Mitglieder zusammen.



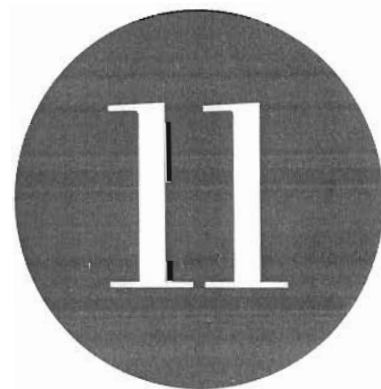


EUROPA SCHÜTZT MINDERHEITEN UND VOLKSGRUPPEN

Ein international verbrieftes Volksgruppenrecht, in dem das Recht auf die Heimat verankert ist, und ein durchsetzbarer Minderheitenschutz sind zwingende Voraussetzungen für die freiheitliche, friedliche und gerechte Ordnung in Europa. Damit werden Konflikte gelöst und Vorurteile abgebaut, ein wichtiger Beitrag zur Verständigung zwischen den Völkern geleistet und den deutschen Heimatvertriebenen eine realistische Chance eröffnet, ihre berechtigten Anliegen durchzusetzen.

Rechte der Minderheiten und Volksgruppen müssen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einklagbar sein. Nur der konsequente Ausbau der Minderheiten- und Volksgruppenrechte und ihre durch alle europäischen Staaten garantierte Einhaltung können bewirken, daß nationale Grenzen in Europa zunehmend an

Bedeutung verlieren. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien zeigt in alarmierender Weise, welche verheerenden Folgen ein wieder aufbrechender Nationalismus hat.



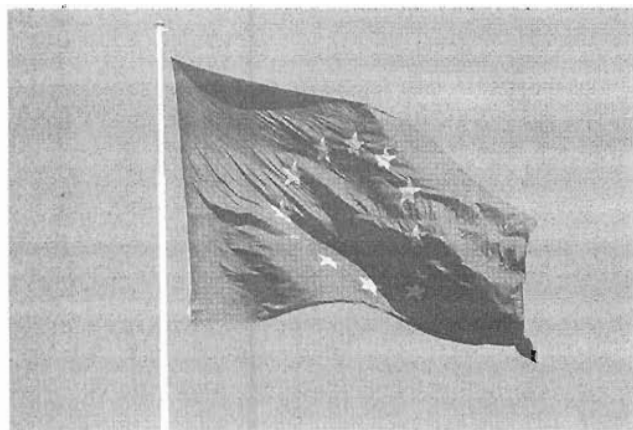
EUROPA TRÄGT VERANTWORTUNG IN DER WELT

Die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität ist in der Welt von heute zur Herausforderung für alle geworden. Die internationale Staatengemeinschaft muß gegen Friedensstörer und Gewalttäter gemeinsam und entschlossen vorgehen. Dabei muß das Gewicht der Europäischen Union stärker zum Tragen kommen. Auch Deutschland ist zu größerer Mitverantwortung verpflichtet. Die Bundeswehr muß auch für internationale Einsätze ausgebildet und ausgerüstet sein.

Unser Vaterland und seine Nachbarn dürfen sich humanitären Einsätzen nicht entziehen. Friedenserhaltende und -sichernde Maßnahmen sowie internationale Mitverantwortung im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sind notwendig. Die CSU stellt sich dieser Verantwortung.

Europa muß ein verantwortungsbewußter Partner der Entwicklungsländer bleiben. Hilfe zur Selbsthilfe in den Armutsregionen der Welt ist ein aus christlicher Nächstenliebe und menschlicher Verpflichtung grundsätzlicher Dienst am Menschen, aber zugleich ein Teil europäischer und globaler Sicherheits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Verdoppelung der Weltbevölkerung in den nächsten vierzig Jahren bei stagnierendem Wirtschaftswachstum und abnehmenden landwirtschaftlichen Erträgen stellt die EU vor gewaltige Herausforderungen und Verpflichtungen. Sie macht ein gemeinsames Handeln der europäischen Völker aus Verantwortung gegenüber der Welt aber auch aus eigenem Interesse notwendig.



EUROPA WIRD FÖDERAL UND BÜRGERNAH

Seit ihrer Gründung bekennt sich die CSU aus Verantwortung für Bayern und Deutschland zur Einheit Europas. Wir wollen einen Staatenverbund, in dem die Identität der Nationen und Regionen in ihrer Vielfalt bewahrt bleibt und demokratische, rechtsstaatliche und föderale Grundsätze gelten. Die CSU hat im Vertrag von Maastricht Subsidiarität und Föderalismus als Richtschnur für den Bau Europas durchgesetzt. Jetzt treten wir dafür ein, daß die Aufgaben zwischen der Union und den Mitgliedstaaten eindeutig abgegrenzt werden. Das Handeln der Gemeinschaft muß für den Bürger berechenbar, durchschaubar und demokratisch sein. Die Europäische Union muß Aufgaben, die in Bayern und Deutschland bürgernäher gelöst werden können, zurückverlagern.

Die CSU hat im Maastrichter Vertrag die Mitwirkung der Regionen fest verankert. Damit hat Bayern den Freiraum, den es braucht, um auch im nächsten Jahrtausend seinen Weg der Eigenverantwortung und Eigenstaatlichkeit zu gehen.

WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 12. JUNI 1994: STARKES BAYERN IM GEEINTEN EUROPA.

Unsere politische Aufgabe heißt Gestaltung und Mitwirkung, nicht Verweigerung oder Verdrossenheit. Wer am 12. Juni nicht wählt, schadet seinen eigenen Interessen. Europa hat sich als Wertegemeinschaft bewährt und Frieden über fast 50 Jahre gesichert. Europas Einheit ist überlebensnotwendig zur Lösung der Zukunftsaufgaben.

Die Zukunft der Europäischen Union läßt sich nur gestalten, wenn sich die Menschen mit der Schicksalsgemeinschaft Europa identifizieren. Das setzt vor allem Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, eine allgemein akzeptierte Aufgabenabgrenzung, die Transparenz der politischen Verantwortung und ein Zusammenwirken der Institutionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene voraus.



Dem Europäischen Parlament und seinen Abgeordneten kommt dabei zentrale Bedeutung zu. Die Stärkung seiner Befugnisse bringt mehr Demokratie. Dem Europäischen Parlament sollte – ebenso wie dem Rat – ein Initiativrecht zuerkannt werden, um seine politische Verantwort-

tung zu stärken und die Integration zu entbürokratisieren.

Bayern braucht in Europa eine kraftvolle, erfahrene und glaubwürdige Vertretung. Diese kann nur von der CSU wahrgenommen werden. Wie in der Vergangenheit werden wir auch in der Zukunft die wachsam und unermüdlichen Hüter der Interessen Bayerns und seiner Menschen in Europa sein. Diesen Auftrag können wir umso wirksamer erfüllen, je stärker wir im Europäischen Parlament vertreten sein werden. Für Bayern und für die bayerische Selbstbehauptung im geeinten Europa gibt es nur eine Wahl:

Für Bayern das Beste. Deshalb CSU!

CSU-LANDESLISTE ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 12. JUNI 1994

- | | |
|---|---|
| 1. Dr. Ingo Friedrich, MdEP
Dipl.-Volkswirt, Gunzenhausen | 16. Christine Spörner-Dorner
Landwirt, Parkstetten |
| 2. Ursula Schleicher, MdEP
Harfenistin, Aschaffenburg | 17. Erika Still-Mackel
selbst. Kaufmann, Augsburg |
| 3. Dr. Otto Habsburg-Lothringen, MdEP
Schriftsteller, Pöcking | 18. Ulla Rüdtenholz
Hausfrau, München |
| 4. Maren Günther, MdEP
Rektorin a. D., Haar | 19. Anton Frhr. von Cetto
Landwirt, Pfaffenhausen |
| 5. Xaver Mayer
Dipl.-Ing., Landwirt, Ganacker | 20. Gerhard Kraus
Steuerfachgehilfe, Tirscheureuth |
| 6. Markus Ferber
Dipl.-Ing. Univ., Bobingen | 21. Richard Heße
Bildungsreferent, Pegnitz |
| 7. Edgar Schiedermeier, MdEP
Postamtsrat a. D., Cham | 22. Friedrich Eckl
Polizeibeamter, Vilsheim |
| 8. Bernd Posselt
Redakteur, München | 23. Martin Neupert
Rechtsreferendar, Nürnberg |
| 9. Andreas Müller
Dipl.-Kfm., Forchheim | 24. Johannes Sitter
Geschäftsführer, Gräfendorf |
| 10. Petra Guttenberger
Juristin, Fürth | 25. Franz-Dieter Bley
Dipl.-Ing. (FH), Marktredwitz |
| 11. Jürgen Brand, MdEP
Bankkaufmann, Ingolstadt | 26. Peter Lachmann
Dipl.-Volkswirt, Sauerlach |
| 12. Ilse Schedl
Verwaltungsjuristin, München | 27. Johann Schäfer
Verwaltungsangestellter, Parkstein |
| 13. Michael Georg Möhnle
Journalist, Bernau a. Chiemsee | 28. Rolf-Jürgen Picker
Rechtsanwalt, Starnberg |
| 14. Dr. Joachim Wuermeling
Verwaltungsjurist, Bayreuth | 29. Dr. Hans J. Grembowietz
Richter, München |
| 15. Ruth Bauer
Hausfrau, Kitzingen | 30. Andreas Ellmaier
Verwaltungsjurist, München |

Herausgeber: CSU-Landesleitung, Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Verantwortlich: Erich Schmid, Landesgeschäftsführer
Gestaltung: Team '70 Werbung GmbH, CWA
Auflage: April '94